

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 2 (1947)
Heft: 2

Artikel: Die englische Arbeiterregierung und die englische Landwirtschaft
Autor: Müller, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-889942>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die englische Arbeiterregierung und die englische Landwirtschaft

BEAT MÜLLER

Vorwort der Redaktion

Der Generalsekretär der englischen Arbeiterpartei stellt uns durch gütige Vermittlung schweizerischer Freunde einen von seiner Partei zur Aufklärung über das neue Agrargesetz verwendeten Vortragsentwurf zur Verfügung. Die folgende Zusammenfassung ist eine knappe Orientierung über die Ziele und die zu ihrer Erreichung von der englischen Arbeiterregierung einzuschlagenden Wege ihrer Bauernpolitik.

Die englische Landwirtschaft erlebte nach dem letzten Weltkriege außerordentlich schwere Krisen. Ihre Preise fielen weit unter die Hälfte. Kurz vor dem Zusammenbruche sagte Lloyd George in einer viel beachteten Rede in Caxton Hall, Westminster:

«Es ist die Frage, ob wir zu den unerfreulichen Vorkriegszuständen zurückkehren wollen oder ob wir nicht lieber den erreichten Fortschritt aufrecht erhalten. Sollten wir nicht einen Schritt vorwärts gehen? Für jeden Mann, der sein Land liebt, darf es nur eine Antwort geben, wir müssen vorwärts gehen.»

Trotzdem sie in den vergangenen dreißig Jahren eine gewaltige Entwicklung durchgemacht, hat die englische Landwirtschaft in ihrer heutigen Lage solch aufmunternde Worte dringend nötig. Die Lebensbedingungen des Bauern wie die des Landarbeiters waren 1920 und in den Krisenjahren von 1930 sehr harte und unerfreuliche. Im Gegensatz dazu ist der Landarbeiter heute sehr gesucht und besitzt deshalb eine wesentlich größere Freizügigkeit und die Möglichkeit, seinen Lohn beträchtlich zu verbessern. Im Jahre 1920 betrug das minimale Einkommen eines Landarbeiters ungefähr 50 sh, das sind rund 50 Fr.

in der Woche. Vor 1939 sank es auf 35 sh, stieg im Jahre 1946 auf 80 sh an. Dabei haben sich die Verhältnisse noch durchaus nicht stabilisiert, so daß mit einer weiteren Erhöhung zu rechnen ist.

Die Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter sind teilweise sehr unerfreuliche. Durch ein Gesetz aus dem Jahre 1938, das angemessene Subventionen vorsieht, sucht man die Lage zu verbessern. Der Krieg hat bis heute eine wirksame Hilfe verhindert. Neben den schlechten Wohnverhältnissen fördert vor allem der Mangel an Elektrizität die Landflucht. Die Bäuerinnen lehnen sich immer mehr dagegen auf, noch an offenen Feuern und beim Öllicht zu kochen. Bis 1939 hatten 67% der ländlichen Bevölkerung Elektrizität zur Verfügung, während 1934 nur 33% sie benützen konnten. In der gleichen Zeit machte die Wasserversorgung auf dem Lande ebenfalls große Fortschritte. Vom 1. August 1945 bis 1. August 1946 wurden 4270 Projekte mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 17 Millionen Schweizerfranken geprüft und gebilligt.

Ganz allgemein haben sich die Lebensbedingungen des Landarbeiters in dieser Zeit wesentlich geändert. Die Entwicklung ist noch in vollem Flusse. Die englische Regierung kann heute sagen: «Wir sind daran, das Bauernhaus, den Bauernbetrieb in Ordnung zu bringen, und die Voraussetzungen dazu sind sehr günstige. Doch es bleibt noch viel zu tun.»

Der nächste Schritt

Mr. Tom Williams, der Landwirtschaftsminister, sagte in einem Massenmeeting von Bauern und Landarbeitern im Januar dieses Jahres: «Dies ist die erste große Versammlung seit der Beschlußfassung der „Agriculture Bill“ durch das Parlament. Dies bedeutet einen der wichtigsten Abschnitte in der Geschichte der englischen Landwirtschaft.»

Die Labour Party geht von der Überzeugung aus, daß **die Bodenfrage für die Landwirtschaft die zentrale Frage ist**. Sie vertritt den Standpunkt, daß der Boden dem Volke gehören soll, d. h. der arbeitenden Bevölkerung. Nur dadurch könne die landwirtschaftliche Produktion auf eine beträchtliche Höhe gebracht

werden, ohne daß der Bauer ausgebeutet werde, was bisher nur allzu oft geschehen sei. Geldspekulanten trieben mit Pächtern und Bauern ein übles Spiel. Am 31. Dezember 1941 griff der Landwirtschaftsminister ein. Keine Kündigung, die nach diesem Datum ablief, wurde wirksam ohne die Zustimmung des Ministers, wenn das Land erst seit Ausbruch des Krieges erworben worden war. Nach dem neuen Landwirtschaftsgesetz (Agriculture Bill) wird der Bauer das Recht haben, jede Kündigung an das Landwirtschaftsministerium weiterzuziehen. Dieses wird darüber entscheiden, ob eine Pachtänderung einen erhöhten Ertrag oder eine bessere Bewirtschaftung verspricht oder nicht. Trifft dies nicht zu, dann wird die Kündigung als ungültig erklärt oder es müssen ganz spezielle Gründe vorliegen. Pachtzinsstreitigkeiten unterliegen dem gleichen Entscheidungsverfahren. Nach dem neuen Stadt- und Landplanungsgesetz von 1947 dürfen Landkäufe oder Verkäufe ohne die Zustimmung der zuständigen Planungsbehörden nicht mehr vorgenommen werden. Für den Fall, daß der Eigentümer aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sein sollte, sein Land weiter zu bewirtschaften, soll dieses nicht durch einen Konkurs privaten Spekulanten anheimfallen. Der Staat tritt dann als Käufer auf und unterstellt das Gut einer landwirtschaftlichen Landkommission.

Man ist sich in England der Tragweite dieses staatlichen Eingriffes durchaus bewußt. Der Staat beabsichtigt, diese Güter zu Musterbetrieben, die in der betreffenden Gegend als Beispiel dienen werden, umzugestalten. Dies ist jedoch nicht die einzige Möglichkeit, landwirtschaftlich genutzten Boden in Staatsbesitz überzuführen. Andere ergeben sich, wenn Land letztwillig vermacht oder zu Meliorationen und Aufforstungen benützt wird. Alle diese Operationen werden von der landwirtschaftlichen Landkommission (Agriculture Land Commission) besorgt, die aus fünf, vom Minister gewählten Mitgliedern besteht. Die englische Arbeiterregierung ist sich bewußt, daß die Lösung dieser Fragen viele Schwierigkeiten mit sich bringen wird. Die größte ergibt sich daraus, daß im vorgesehenen Fünfjahresplan die ganze Landreform noch nicht vorgesehen ist und deshalb nur zum Teil wirksam werden kann. Die Labour Party — und mit ihr die Regierung — tritt für den genossenschaftlichen Zusam-

menschluß des Bauern ein. Dieser soll ihm ermöglichen, sein Land viel rationeller zu bebauen.

Die Bewirtschaftungskomitees werden auch unter dem neuen Gesetz ihre Tätigkeit, die sie während des Krieges begonnen haben, fortsetzen. Sie werden unter dem Namen «County Agricultural Executive Committees» bekannt sein und bestehen höchstens aus 12 Mitgliedern: 5 vom Minister ernannten, 7 von den Bauern gewählten, 3 Bauern, 2 Landarbeiter, je 1 Pächter und Verpächter. Sie werden in den Bezirken die Politik des Landwirtschaftsministeriums auszuführen und ganz allgemein die landwirtschaftliche Produktion zu beleben haben. Ihre Aufgabe wird es sein, die technischen Errungenschaften der Landwirtschaft dienstbar, neue Forschungen zu veranlassen und die Ergebnisse bekannt zu machen. Dazu wird es ihre Aufgabe sein, die Ausführung der Weisungen des Landwirtschaftsministers zu überwachen.

Dieser Kommission wird die Befugnis zustehen, eine Zwangsenteignung zu verfügen, wenn der Bauer seine Pflichten nicht erfüllt. Entweder kann das Gut unter Mitwirkung der Regierung verkauft werden, oder es wird im Falle eines Pachtverhältnisses ein anderer Pächter eingesetzt. Die Begründung für diese einschneidende Maßnahme liegt in der Tatsache, daß Bauer und Pächter gegenüber der Gemeinschaft, die für sie Opfer bringt, eine große Verantwortung tragen. Sind sie nicht gewillt, dieser gerecht zu werden, dann sollen sie auch nicht mehr Boden besitzen dürfen. Um die Willkür möglichst auszuschließen, wurden Ende 1945 unabhängige Appellationsgerichte eingerichtet, die alle Entscheide nochmals überprüfen. Auf diesem Wege hofft die englische Regierung zu erreichen, daß der wenige, aber wertvolle britische Ackerboden rationell und zweckmäßig bearbeitet wird.

Daneben soll durch eine vorausschauende **L a n d p l a n u n g** neues Land, das bisher nicht kultiviert wurde, urbar und durch Meliorationen ertragsfähig gemacht werden. Vor allem für die Meliorationen werden in den erstellten Plänen mehrere Millionen zur Verfügung gestellt. Dazu wird die Elektrifikation energisch fortgesetzt. Die Labour Party verspricht sich von der Verstaatlichung der gesamten Elektrizitätswirtschaft die Möglich-

keit durch Rationalisierung und Standardisierung bedeutende Fortschritte zu erzielen.

Daneben harren auch in der englischen Agrarpolitik noch andere Probleme dringend einer Lösung. Im Vordergrund steht die **P r e i s f r a g e**.

Das vergangene System mit seinem Wechsel von Krise und Hochkonjunktur soll der Vergangenheit angehören. Durch dieses soll die Landwirtschaft nicht mehr in Schwierigkeiten geraten. Sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft gilt es vor allem, **stabile wirtschaftliche Voraussetzungen** zu schaffen.

Das durch den Krieg eingeführte System der **staatlichen Produktions und Preisgarantie** soll deshalb beibehalten werden. Diese Garantien umfassen rund 75% der landwirtschaftlichen Produktion. Die Preise werden mindestens ein Jahr voraus festgesetzt, wobei die Zeiträume und das Vorgehen bei den einzelnen Produkten verschieden ist. 18 Monate lang sollen diese Preise garantiert werden. So kann der Bauer seine Produktion einrichten und planen, ohne fürchten zu müssen, daß eine plötzliche hereinbrechende Krise ihm große Verluste zufügt. In Zukunft sollen vom Staate ebenfalls auch mengenmäßig Produktionsgarantien übernommen werden, damit jeder Bauer weiß, wieviel er anbauen darf. Die Vielseitigkeit des Betriebes wird diese Anstrengungen unterstützen und vor allem soll eine sehr gute Qualität den Erfolg aller Maßnahmen sichern. Durch die gemeinsamen Anstrengungen der Bauern und der Regierung in der Verbesserung der Lebensbedingungen ist es gelungen, die Zahl der Landarbeiter in kurzer Zeit um 32 000 zu erhöhen. Vor allem wird auch der landwirtschaftlichen Forschung vermehrte Bedeutung beigemessen.

Zusammenfassend ist zu bemerken: Die englische Arbeiterregierung ist sich bewußt, daß nur eine große und ernsthafte Anstrengung imstande ist, die britische Landwirtschaft einer bessern Zukunft entgegenzuführen. Sie glaubt aber, daß das Jahr 1947 Bauer und Land auf diesem Wege einen entscheidenden Schritt vorwärts führen wird.